

Stefan Bollinger

## „Totalitarismus“ als Instrument im neuen Kalten Krieg Russlands Kampf um die Deutung der Geschichte

Geschichte ist Instrument des heutigen Machtkampfes. So wundert es nicht, wenn die US-Botschafterin in Warschau twittert: „Lieber Präsident Putin, Hitler und Stalin verabredeten, den Zweiten Weltkrieg zu beginnen. Das ist eine Tatsache.“ Ihr russischer Kollege vor Ort retweetete ebenso knapp wie ironisch an die einstige Kosmetik-Managerin: „Liebe Botschafterin, denken Sie wirklich, dass Sie über Geschichte mehr wissen als über Diplomatie?“<sup>1</sup>

Seit gut einem Jahrzehnt steht der „Westen“ wieder im Kalten Krieg gegen die Russländische Föderation und wieder spielt die Totalitarismustheorie eine wesentliche Rolle. Der untergangene Kommunismus, der auf Stalinismus reduziert wird, gibt die historische Staffage und den Köcher mit berechtigten und noch mehr unberechtigten Argumenten ab. Den „Kommunismus“ nochmals totzuschlagen ist dabei fast nebensächlich. Entscheidend ist, das heutige Russland und seine Führung zu treffen, die als unverbesserliche Rechtfertiger der alten Geschichten denunziert und gleichzeitig in die Tradition stalinistischer Machtpolitik gerückt werden. Vielleicht ist es ja der russische Nationalcharakter, der sie so totalitär agieren lässt? Dieser neue Kalte Krieg wird, ähnlich wie der vergangene, auf mannigfachen Ebenen geführt. Unübersehbar ist die immer komplexere militärische Bedrohung. Russland wie China werden einem permanenten Stresstest unterworfen: Gegen Russland in Georgien, der Ukraine, im Baltikum, in Belarus, aktuell im Kaukasus und darüber hinaus mit Novitschok-vergifteten Nadelstichen; gegen China in Tibet, Hongkong, Xinjiang, im Südchinesischen Meer. Neue Waffen, Erdöl und Handelsbedingungen sind Währungen in diesem Konflikt.

Militärisches wie ziviles Handeln für ein neues Containment mit der Option eines roll backs mittels großen Kriegs oder mit einem für den Westen risikoärmeren regime change durch oft bewährte „bunte“ oder „Farb“-Revolutionen bedürfen der ideologischen Rechtfertigung. Dass die Menschenrechtsfrage in ihrer Reduzierung auf bürgerliche Freiheiten zentral ist, erinnert an das Ende des alten Kalten Krieges. Die eher autoritären Strukturen in Moskau und Peking geben hier Ansatzpunkte. Jede innere Krise und jedes Versagen nationaler Politik begünstigt den Druck und die Einflussnahme von außen.

Zum Knotenpunkt dieser Auseinandersetzungen ist die Rolle der Sowjetunion vor, im und nach dem Zweiten Weltkrieg geworden.<sup>2</sup> Das Grundverständnis der west-

---

<sup>1</sup> Beide Tweets zitiert in: Der Standard: US-Diplomatin: Auch Stalin für Zweiten Weltkrieg verantwortlich. In: Der Standard. Wien, vom 31. Dezember 2019, 10:24 - <https://www.derstandard.de/story/2000112802422/us-diplomatin-auch-stalin-fuer-zweiten-weltkrieg-verantwortlich> (Stand: 16.06.2020).

<sup>2</sup> Entsprechende Lesarten bot schon 1997 Zbigniew Brzezinski: Die einzige Weltmacht. Amerikas Strategie der Vorherrschaft. Frankfurt/M 2001, 4. A. (Originalausgabe engl. 1997), S. 151/152.

lichen Staaten und ihrer osteuropäischen Verbündeten ist zwingend: Mag Moskau so viel es will über den Sieg über den deutschen Faschismus reden, dieser Sieg brachte keine Befreiung, sondern hat Osteuropa das stalinistische Joch einer Fremdherrschaft übergestülpt. Gleichzeitig wird behauptet, dass es Stalin und Hitler waren, die 1939 die Welt, Europa oder zumindest Polen unter sich aufteilten. Ein sowjetischer respektive russischer Antifaschismus sei hier nicht auszumachen.

## **Das russische Grundverständnis: Wir haben den Faschismus besiegt**

Jüngst hatte das US-amerikanische Nachrichtenmagazin „The National Interest“ einen hochkarätigen, wenn auch ungewohnten Autor, den russischen Präsidenten Putin.<sup>3</sup> In einem langen Artikel erklärte der nicht nur nordamerikanischen Lesern Vorgeschichte und Ausgangsbedingungen des Zweiten Weltkrieges. Bewusst will er mit dem Blick in die Geschichte sich der Zukunft versichern, damit sich diese Katastrophe nie wiederholt. Und es ist für ihn nicht nur die Frage der Hitlerschen Aggressions- und Vernichtungspolitik, sondern die nach den Bedingungen, die sie begünstigte.

Sein Artikel wurde über die russischen Medien weltweit verbreitet, ohne die ihm gebührende Resonanz zu erhalten. In einem der raren deutschen Kommentare der FAZ konnte man lesen, dass Putin „Stalins gelehriger Schüler“ sei. „Wäre Wladimir Putin ein Blogger mit zeithistorischen Neigungen, müsste man den Essay zu den Ausläufern eines geschichtspolitischen Revisionismus zählen, der seit den späten neunziger Jahren im Kernland der ehemaligen Sowjetunion um sich greift. Weil Putin aber das Staatsoberhaupt einer von der Ostsee zum Pazifik reichenden Atommacht ist, erübrigt sich jegliches Schmunzeln über seine Einlassungen. Dieser Text ist die bislang ausführlichste Fassung einer Doktrin, die das geostrategische Handeln Russlands seit Putins Machtantritt ... leitet ... eine ideologische Kampfansage an den einstigen Erbfeind des Zarenreichs: Polen.“<sup>4</sup>

Was hatte der Russe so Schreckliches geschrieben? Stört es, dass er einen Gipfel der fünf Atommächte anstrebt, für einen neuen Zugang zu einer friedlichen Weltordnung? Sein historisches Fazit: „Die Schaffung eines modernen Systems internationaler Beziehungen ist eines der wichtigsten Ergebnisse des Zweiten Weltkrieges. Selbst die unvereinbarsten Widersprüche – geopolitische, ideologische, wirtschaftliche – beeinträchtigen nicht die Suche nach Formen von friedlichem Zusammenleben und friedlicher Interaktion, wenn es den Wunsch und den Willen

---

<sup>3</sup> Siehe Vladimir Putin: The Real Lessons of the 75th Anniversary of World War II. In: The National Interest. Washington. June 18, 2020 - <https://nationalinterest.org/feature/vladimir-putin-real-lessons-75th-anniversary-world-war-ii-162982> -, russ.: <http://kremlin.ru/events/president/news/63527>; dt. Auszüge in junge Welt vom 25. Juni 2020, S. 12/13; im Weiteren zitiert nach der inoffiziellen Übersetzung der Russischen Botschaft in Berlin - <https://russische-botschaft.ru/de/2020/06/19/75-jahrestag-des-grossen-sieges-gemeinsame-verantwortung-vor-geschichte-und-zukunft/>.

<sup>4</sup> Andreas Kilb: Stalins gelehriger Schüler. In: FAZ.NET, vom 1. Juli 2020 - <https://www.faz.net/aktuell/feuilleton/debatten/wladimir-putin-und-das-geschichtsbild-russlands-16838462.html> (Stand: 25.05.2020).

dafür gibt. Heute erlebt die Welt nicht die friedlichsten Zeiten. Alles ändert sich: vom globalen Gleichgewicht zwischen Macht und Einfluss bis zu den sozialen, wirtschaftlichen und technologischen Grundlagen des Lebens von Gesellschaften, Staaten und ganzen Kontinenten.“<sup>5</sup> Darum formuliert er die Sorge, aber auch die aus der jüngeren Geschichte begründete Hoffnung, die viele Menschen heute umtreibt: „In den vergangenen Epochen gingen Verschiebungen dieser Größenordnung fast nie ohne große militärische Konflikte und ohne Machtkampf um den Aufbau einer neuen globalen Hierarchie vonstatten. Dank der Weisheit und Weit-sicht der politischen Führer der alliierten Mächte konnte ein System geschaffen werden, das extreme Manifestationen dieser Rivalität verhindert, welche historisch der globalen Entwicklung innewohnt.“<sup>6</sup>

Sicher stört die Gegner des heutigen Russlands Putins klares Bekenntnis zu Opfern wie Siegern im Verteidigungskrieg gegen den Faschismus für ihr Land und die Befreiung Europas. Sie können nicht verstehen – oder sie verstehen es zu genau –, wenn er betont, dass „Selbstlosigkeit, Patriotismus, Liebe zur Heimat, zur Familie, zum Vaterland – ... auch heute für die russische Gesellschaft fundamental (sind). Grundsätzlich darauf beruht unsere Souveränität“.<sup>7</sup>

Putin entwickelt eine in sich geschlossene, den historischen Fakten nahekommende Lesart von Vorgeschichte und Beginn des Kriegs. Dass dabei Lücken auftreten, wird noch zu zeigen sein. Eine gewisse Parteilichkeit dürfte nicht wundern. Er zeigt die Rolle der Westmächte und auch Polens, die durch ihre Appeasementpolitik und die Hoffnung, die deutsche Aggressionspolitik in Richtung Osten, in Richtung Sowjetunion zu lenken, bestimmt war. Insofern wird auch die Republik Polen, die sich in ihrem heutigen Selbstverständnis als besonders vehementer Ankläger gegenüber der Sowjetunion und ihrem Nachfolger Russland positioniert, scharf kritisiert: hinsichtlich einer langen gemeinsamen Interessenlage mit Nazi-deutschland gegen die Sowjetunion, auch gegen die Juden, vor allem aber wegen ihrer Weigerung auch 5 Minuten vor 12 eine Koalition mit den Westmächten und Russlands einzugehen. Putin macht jedoch an keiner Stelle Polen zum Kriegsschuldigen. Wohl aber lastet er der damaligen polnischen Führung an, durch das Verweigern eines Bündnisses der Westmächte mit der Sowjetunion für die polnische Tragödie mitverantwortlich zu sein.<sup>8</sup>

Generell verzichtet er auf Anklagen und destruktive Vorwürfe. Er begründet Moskaus Politik: ihr Bemühen um ein System der kollektiven Sicherheit; das Scheitern der Hilfsangebote an Prag und den Ausschluss von den Münchner Verhandlungen zum Schicksal der ČSR; den Versuch, durch das Übereinkommen vom August/September 1939 mit dem Deutschen Reich für sich Risiken zu mindern und auch im Falle des absehbaren Untergangs des polnischen Staates die Landsleute in den nach 1917/20 verloren gegangenen Gebieten unter Schutz zu nehmen.

---

<sup>5</sup> Inoffizielle Übersetzung. A.a.O.

<sup>6</sup> Ebd.

<sup>7</sup> Ebd.

<sup>8</sup> Ebd.

Trotzdem ist sein Urteil zum Beginn des Krieges – ohne sein Land zu schonen – klar: „Alle führenden Länder haben seinen Ausbruch in dem einen oder anderem Maße zu verantworten. Jedes von denen hat nicht wieder gut zu machende Fehler in der selbstgefälligen Zuversicht begangen, dass man andere überlisten, einseitige Vorteile für sich gewinnen und dem heranrückenden globalen Unheil ausweichen kann. Für diese Kurzsichtigkeit, für den Verzicht auf die Schaffung eines Systems der kollektiven Sicherheit mussten Millionen Menschen mit ihrem Leben und riesigen Verlusten zahlen.“<sup>9</sup> Er verbindet diese auch selbstkritische Einsicht aber mit der entscheidenden Rückbesinnung auf die Anti-Hitler-Koalition: „Den Sieg brachten die Bemühungen aller Länder und Völker, die mit einem gemeinsamen Feind kämpften.“<sup>10</sup>

Der Vorwurf, dass sich ein Staatsmann solcher Lektionen zu enthalten habe, geht ins Leere. Es ist gang und gäbe, dass Politik Geschichte schreibt, umschreibt, zurechtbiegt. Hier geht es nicht um die Feinheit, ob der vortragende Politiker „nur“ Geschichtspolitik betreibt oder selbst mit Mitteln, Argumenten und Akten der Historikerkunft austeilt.<sup>11</sup> Die von Putin herangezogenen Dokumente, teils lange veröffentlicht oder ganz aktuell von Russland der Öffentlichkeit zugänglich<sup>12</sup> gemacht, sind zusätzliche Fakten, die seine Argumente stärken, die aber auch den Forschern neues Material bieten. (Zumal für die russischen Verhältnisse daran zu erinnern und auch zu beklagen ist, dass das Archivwesen immer noch sehr direkt politisch kontrolliert und pressiert wird.<sup>13</sup>)

## **Auch andere machen Geschichtspolitik**

Eine solcher Zweifel an der Berechtigung russischer Geschichtsaktivitäten übersieht großzügig die Mühen deutscher Parlamentarier, eine Deutung von 40 Jahren „kommunistischer Diktatur“ im Ostteil des Landes anzufertigen.<sup>14</sup> Vor allem wird ausgeblendet, dass genau um Putins Themen seit Jahren erbittert polemisiert wird. Polen, aber auch die baltischen Republiken und die Ukraine, um die aktivsten zu nennen, greifen politisch ein, um eine ihren politischen Interessen entsprechende Geschichtserzählung gegen Russland und nebenbei gegen die

---

<sup>9</sup> Ebd.

<sup>10</sup> Ebd.

<sup>11</sup> Geschichtspolitik ist heute anerkannte Spielweise der Politiker, wobei Historiker die Finessen, Konflikte und aktuellen politischen Intentionen erkennen. Siehe hier z.B. Edgar Wolfrum: *Geschichtspolitik in der Bundesrepublik Deutschland*. Darmstadt 1999; ders.: *Geschichte als Waffe. Vom Kaiserreich bis zur Wiedervereinigung*, Göttingen 2001.

<sup>12</sup> So machte Russland im Mai 2020 aus der Präsidentenbibliothek Jelzins wichtige Dokumente der Vorkriegszeit zugänglich, die zumindest teilweise den damaligen sowjetischen Kenntnisstand illustrieren: <https://www.prlib.ru/collections/ww2-in-archival-documents> (Stand: 25.05.2020).

<sup>13</sup> Anschaulich beschrieben bei: Lew Besymenski: *Stalin und Hitler. Das Pokerspiel der Diktatoren*, Berlin 2002, hier bes. S. 7ff.

<sup>14</sup> Durch die Arbeit von zwei Enquete-Kommissionen des Bundestages zu „Aufarbeitung von Geschichte und Folgen der SED-Diktatur“ (1992–94) und „Überwindung der Folgen der SED-Diktatur im Prozess der deutschen Einheit“ (1995–98).

Linke zu installieren. Polen beansprucht für sich, so Ministerpräsident Morawiecki, „das Erbe des gesamten gegenwärtigen freien und demokratischen Europas, welches gegen zwei totalitäre Systeme gekämpft hat“.<sup>15</sup> In diesem Kontext gehen polnische Politiker und Historiker so weit, einer Hierarchisierung der Opfer des Krieges das Wort zu reden, in dem sie die berechtigte Kritik etwa an der Kollaboration von Ukrainern zu einer Herabsetzung der Opfer dieses Volkes nutzen. In dieser Hinsicht ist der Frust des ukrainischen Botschafters in Berlin, Melnyk, verständlich, der sich dagegen ausspricht „NS-Opfer erster, zweiter oder sogar dritter Klasse“ zuzulassen und „eine Monopolstellung als ‚Hauptopfer‘ des Zweiten Weltkriegs“ für ein Land zu reklamieren.<sup>16</sup>

Spektakulärer Höhepunkt des antirussischen Kampfes ist eine Resolution des Europa-Parlamentes zur „Bedeutung der Erinnerung an die europäische Vergangenheit für die Zukunft Europas“.<sup>17</sup> Stutzig sollte machen, dass ähnliche Papiere mit ebenso problematischer Stoßrichtung seit Jahren fester Bestandteil europäischer Geschichtspolitik sind.<sup>18</sup> Zugegebenermaßen hatten frühere Dokumente, wie die Entschließung des selbigen Parlaments vom 2. April 2012 „Europas Gewissen und der Totalitarismus“<sup>19</sup>, schon in ihrem Titel unverklausuliert deutlich gemacht, um was es ging. Diesmal muss mehr Text gelesen werden, um zu begreifen, wie zwei sich bis aufs Blut bekämpfende Systeme gleichgesetzt werden und nur eines auch heute den Kürzeren ziehen soll, der „Kommunismus“, im Zweifel das gar nicht so „kommunistische“ Russland.

Das aktuelle Papier ist geschickter und perfider. Neben berechtigten Forderungen zur Verteidigung von Demokratie und Rechtsstaatlichkeit in Europa und dem notwendigen Erinnern an die Geschichte hat diese Resolution eine eindeutige und keineswegs vordergründig gegen geschichtsrevisionistische Positionen der Rechten gerichtete Grundaussage: Die Gleichsetzung von Hitlerdeutschland und stalinistischer Sowjetunion, von Faschismus und Kommunismus. Denn die Kernaussage ist unmissverständlich: „der Zweite Weltkrieg, der verheerendste Krieg in der Geschichte Europas“ ist „unmittelbare Folge des auch als ‚Hitler-

<sup>15</sup> Erklärung des Ministerpräsidenten Mateusz Morawiecki. Warschau, den 29. Dezember 2019, S. 1 - [https://www.premier.gov.pl/files/files/erklarung\\_de\\_0.pdf](https://www.premier.gov.pl/files/files/erklarung_de_0.pdf) (Stand: 16.06.2020).

<sup>16</sup> Brief des ukrainischen Botschafters Andrii Melnyk vom 28. September 2020 mit beigefügter Kopie eines Schreibens seines polnischen Kollegen Andrzej Przyłębski vom 27. Mai 2020 – im Archiv. d. A.

<sup>17</sup> Siehe Bedeutung der Erinnerung an die europäische Vergangenheit für die Zukunft Europas. Entschließung des Europäischen Parlaments vom 19. September 2019 zur Bedeutung des europäischen Geschichtsbewusstseins für die Zukunft Europas (2019/2819(RSP)). 19. September 2019 - <http://www.europarl.europa.eu/doceo/document/TA-9-2019-0021> (Stand: 23.02.2020).

<sup>18</sup> Siehe Toms Rostoks: Debating 20th Century History in Europe: The European Parliament and the Parliamentary Assembly of the Council of Europe Compared. In: Nils Muižnieks (Ed.): The Geopolitics of History in Latvian-Russian Relations. Riga 2011, S. 191-218.

<sup>19</sup> Siehe Europas Gewissen und der Totalitarismus. Entschließung des Europäischen Parlaments vom 2. April 2009 zum Gewissen Europas und zum Totalitarismus - <http://www.europarl.europa.eu/sides/getDoc.do?pubRef=-//EP//NONSGML+TA+P6-TA-2009-0213+0+DOC+PDF+V0//DE> (Stand: 23.02.2020).

Stalin-Pakt' bezeichneten berüchtigten Nichtangriffsvertrags zwischen dem nationalsozialistischen Deutschen Reich und der Sowjetunion vom 23. August 1939 und seiner geheimen Zusatzprotokolle“ (...), in deren Rahmen die beiden gleichermaßen das Ziel der Welteroberung verfolgenden totalitären Regime Europa in zwei Einflussbereiche aufteilten“.<sup>20</sup>

Die Argumentationslinie ist ebenso zwingend wie arglistig. Die beiden totalitären Diktaturen werden gleichermaßen für den Beginn des Weltkrieges und den Überfall auf Polen verantwortlich gemacht. Der kaum verborgene Subtext legt allerdings nahe, dass Hitler zwar schlimm war, aber allein die Bereitschaft der Sowjetunion, sich in diesem Krieg neutral zu verhalten und zu akzeptieren, dass durch einen möglichen Krieg – d.h. durch einen deutschen Angriff – die osteuropäische Staatenordnung neu zu sortieren sei und dies mit dem Einmarsch in die polnischen Ostgebiete am 17. September auch praktizierte, sie zum eigentlich Verantwortlichen für die deutsche Kriegsentscheidung und zum ersten Profiteur dieses Krieges wurde.

Im selben Atemzug wird die Korrektur der sowjetischen Position mit dem Überfall Deutschlands auf die Sowjetunion 1941 und dem opferreichen Kampf der Roten Armee (und ihrer kommunistischen Verbündeten), ihr Siegeszug durch Osteuropa und Teile Asiens zum Beginn einer neuen, deutlich längeren und für die betroffenen Völker offenbar weit verhängnisvolleren Unterwerfung unter den sowjetischen Kommunismus und das sowjetische Großmachtinteresse uminterpretiert.

Dass in Osteuropa (und im Osten Deutschlands) wie im Nachkriegseuropa eine antikapitalistische, prosozialistische Stimmung herrschte, dass auch in Osteuropa viele Menschen, gerade aus der Arbeiterklasse und der armen Bauernschaft, sich mit diesen sozialistischen Zielen identifizierten und an ihrer Verwirklichung arbeiteten, wird ausgeblendet und negiert. Warum sollte auch die heute herrschende kapitalistische Elite sich zur „gesellschaftlichen Revolution“<sup>21</sup>, zur sozialistischen Umwälzung in Osteuropa positiv bekennen. Warum sollte sie einen positiven Bezug zu Kommunisten, Sozialdemokraten, Demokraten herstellen, die zwar als politisch aktive Minderheit und mit Hilfe der sowjetischen Besatzungsmacht eine Ordnung frei von Ausbeutung, nationaler Unterdrückung, aggressivem Nationalismus, für eine sozial gerechtere, solidarische Gesellschaft versuchten?

Der Streit um diese Geschichtsinterpretation überschattete 2019/20 die Jubiläen zur Erinnerung des Überfalls des faschistischen Deutschlands auf Polen genauso wie den Jahrestag der Befreiung und des Sieges im Mai 2020. Verbal schenken sich beide Seiten, die Polen der konservativ-nationalistischen Partei PiS (*Prawo i Sprawiedliwość*, d.h. Recht und Gerechtigkeit) genauso wie Russland, nichts. Zum Jahreswechsel eskalierte die Auseinandersetzung, als Putin in einem inszenierten Wutanfall den polnischen Vorkriegs-Botschafter in Berlin, Lipski, als „antisemitisches Schwein“ titulierte und auf die antidemokratischen, antirus-

---

<sup>20</sup> Bedeutung der Erinnerung an die europäische Vergangenheit. A.a.O.

<sup>21</sup> So der in Polen ungeliebte Historiker Andrzej Leder: *Polen im Wachtraum. Die Revolution 1939-1956 und ihre Folgen*, Osnabrück 2019, S. 41.

sisch/antisowjetischen und eben auch antisemitischen Gemeinsamkeiten zwischen Warschau und Berlin in den 1930er Jahren das Augenmerk richtete.<sup>22</sup> Allein die Corona-Krise legte ein wenig den Schleier aktueller Belanglosigkeit über die Kontrahenten. Das Problem dürfte erhalten bleiben, zumal die Resolution kein Privatvergnügen einiger postsozialistischer Staaten Osteuropas war, sondern mit 82 Prozent Ja-Stimmen bei 10 Prozent Gegenstimmen und 8 Prozent Nein-Stimmen die Unterstützung der überwältigenden Mehrheit des Hauses fand – von konservativ bis grün, allein die Grün-Linken verweigerten die Zustimmung.<sup>23</sup> Es ist auch nicht so, dass die Initiative zu dieser Resolution allein aus den baltischen Staaten und Polen kam. Vier Fraktionen (EVP, Sozialdemokraten, Liberale und Europäische Konservative – also bes. PiS) waren aktiv, um aus eigenen Anträgen mit ähnlicher Diktion ein gemeinsames Papier zu kreieren.

Um es zusammenzufassen, der massive Vorstoß, Moskau in die Verantwortung für den Zweiten Weltkrieg zu nehmen, hat im Kontext der Geschichtspolitik der letzten Jahre und vor dem Hintergrund der Verschärfung der Konfrontation der USA, der EU und der teilweise dazugehörigen oder in diese Allianzen hineindrängen osteuropäischen Staaten eigentlich drei miteinander verbundene Zielsetzungen: Erstens soll den neuen osteuropäischen Staaten die historische Legitimation verschafft werden, die ihre revolutionären und sozialistischen Vergangenheiten zugunsten einer geschönten vorgeblich demokratischen Zwischenkriegszeit verdrängt und den „sozialistischen Irrweg“ allein Moskaus Bajonetten zuschreibt. Zweitens soll die Geschichte des Weltkriegs auch dahingehend umgeschrieben werden, dass der Kampf gegen den Totalitarismus zu allererst von den westlichen Demokratien bestritten wurde und so der Landung der Alliierten in der Normandie das Hauptverdienst zugerechnet werden muss, während die Ostfront und die Leistungen von Roter Armee und Sowjetvolk marginalisiert werden. Der dritte Effekt aus deutscher Sicht liegt nahe: Wenn totalitäre Diktatoren die Verantwortung trugen und Hitler nur der eine war, der vom Wohlwollen Stalins und dessen Heimtücke abgänglich war, dann passt dies in die Relativierung der deutschen Kriegsschuld und zur Überhöhung der deutschen Opfer in diesem Krieg.

## Krieg mit Ansage

Die Vorgeschichte des Zweiten Weltkriegs ist umfassend erforscht und dokumentiert. Die heutige Diskussion – bei aller Bedeutung jetzt offengelegter sowjetischer Dokumente oder auch bei dem Auffinden weiterer deutscher oder westlicher Papiere – ändern aller Wahrscheinlichkeit nach nichts Grundlegendes. Das hatte sich schon in den 1990er Jahren bei der Auseinandersetzung um die sog. Präventivkriegsthese, d.h. die Unterstellung, dass Hitler 1941 nur ei-

<sup>22</sup> Ausführlich siehe Stefan Bollinger: Einige voranzustellende Nachbemerungen. Der Kampf um die Deutung der Geschichte. In: „Helle Panke“ e.V. - Rosa-Luxemburg-Stiftung Berlin (Hrsg.): Der deutsche Faschismus löst den Zweiten Weltkrieg aus. (= Pankower Vorträge H. 233). Berlin 2020, S. 5-19.

<sup>23</sup> Die Zusammenstellung stützt sich auf: Achim Spethmann: Bedeutung der Erinnerung an die europäische Vergangenheit für die Zukunft Europas. Kurze Einführung in die Abstimmung im EU-Parlament am 19.09.2019. Braunschweig, 22.09.2020 (Ms. im Archiv d. A.).

nem sowjetischen Angriff zuvorgekommen sei, bestätigt. Natürlich wird jede neue Untersuchung weitere Aspekte offenlegen können, wie etwa auch neue Untersuchungen bundesdeutscher Historiker nochmals nachdrücklich den unbedingten „Drang nach Osten“ der deutschen Außen- und Sicherheitspolitik bekräftigen.<sup>24</sup>

Dreh- und Angelpunkt der aktuellen Diskussionen ist die Bewertung des deutsch-sowjetischen Nichtangriffsvertrags vom August 1939, des damit verbundenen geheimen Zusatzprotokolls und des anschließend am 28. September folgenden Grenz- und Freundschaftsvertrags zwischen beiden Staaten, ebenfalls mit ergänzenden Geheimabsprachen. Abgesehen davon, dass dieser Vertrag durch die Zueignung des Begriffs „Pakt“ und noch mehr mit der Personifizierung als „Ribbentrop-Molotow“- oder noch „überzeugender“ als „Hitler-Stalin“-Pakt ein spezifisches Etikett bekommt, bleibt die vermeintlich entscheidende Frage: War der Vertrag unvermeidliches Übel oder heimtückischer Pakt der beiden Großmächte?<sup>25</sup>

Die Antworten geben nicht jene Schicksalsmonate von August und September 1939, sondern sie verlangen einen komplexeren Blick auf das davorliegende gute Jahrfünft, besser noch auf die beiden Jahrzehnte zwischen 1918/19 und 1939. Hier greift Putin zu kurz, stellt er das sowjetische ideologische Licht im Gefolge der Oktoberrevolution unter den Scheffel und verzichtet auf eine genauere Analyse der damaligen Lage, der Klassen- und politischen Kräfte und ihren Interessen. „Die eigentlichen Ursachen des Zweiten Weltkriegs ergeben sich in vieler Hinsicht aus den Entscheidungen, die zu den Ergebnissen des Ersten Weltkrieges getroffen wurden. Der Vertrag von Versailles wurde für Deutschland zu einem Symbol tiefer Ungerechtigkeit. Tatsächlich ging es um die Beraubung des Landes, das den westlichen Verbündeten riesige Reparationen zahlen musste, die seine Wirtschaft erschöpften.“<sup>26</sup> Keineswegs hat der Vertrag, wie heute Historiker meinen, eine wohltuende Wirkung ausgeübt.<sup>27</sup> Richtig ist, dass die willkürlich gezogenen Grenzen, Reparationen und Auflagen nach dem Zusammenbruch der einstigen Großreiche Sprengstoff enthielten.

Die Tinte in Versailles war nicht trocken, da entwickelten deutschen Eliten in Militär und Großkapital einen „Großen Plan“:<sup>28</sup> Wiederaufrüstung und als gemeinsames Projekt die Revision von Versailles und die Ausschaltung der kom-

---

<sup>24</sup> Siehe Rolf-Dieter Müller: *Der Feind steht im Osten. Hitlers geheime Pläne für einen Krieg gegen die Sowjetunion im Jahr 1939*, Berlin 2011.

<sup>25</sup> Hier können Argumentationslinien nur skizziert und nur punktuell auf weiterführende Literatur verwiesen werden. Einen Einstieg bietet: Helle Panke“ e.V. - Rosa-Luxemburg-Stiftung Berlin (Hrsg.): *Der deutsche Faschismus löst den Zweiten Weltkrieg aus*. A.a.O. mit Beiträgen von Bollinger, Daniela Fuchs, Felix Matheis, Martin Seckendorf, Reiner Zilkenat.

<sup>26</sup> Inoffizielle Übersetzung. A.a.O.

<sup>27</sup> Siehe bes. Margaret MacMillan: *Die Friedensmacher. Wie der Versailler Vertrag die Welt veränderte*, Berlin 2015.

<sup>28</sup> Anschaulich bei Carl Dirks/Karl-Heinz Janßen: *Der Krieg der Generäle. Hitler als Werkzeug der Wehrmacht*, Berlin 1999, 3. A.



munistischen Gefahr. Hier fanden sie mehr und mehr die Duldung und spätestens nach 1933 das Wohlwollen der westlichen Demokratien. Denn der Bolschewismus war auch für sie die Hauptgefahr. Nur aus diesem Zusammenhang heraus ist die Appeasement-Politik der 1930er Jahre verständlich, der sich auch Polen in einer Schaukelpolitik anschloss. Und nur so ist die Preisgabe der demokratischen spanischen Republik und dann der Tschechoslowakei zu erklären. Wer über den Vertrag von 1939 räsoniert, der muss auf den Verrat von München und das Diktat gegenüber Prag verwiesen werden.

Hitler, Militär und Großkapital arbeiteten und rüsteten ab 1933 offen auf einen Krieg hin. Spätestens im November 1937 hatte Hitler die Weichen gestellt und der friedliche Anschluss Österreichs und die „Lösung“ der Sudetenkrise störten ihn nur, weil seine Wehrmacht, die das Land finanziell in den Ruin trieb, noch nicht erprobt werden konnte. Die Entscheidung für den Krieg, zunächst mit dem „Fall Weiß“, dem Angriff auf Polen, war im Mai 1939 gefallen. Es ging nur noch um die günstigsten Rahmenbedingungen. Der Westen begriff nach der Besetzung Prags im März 1939 mühselig, dass der Krieg auch ihm drohen konnte. Halbherzige Garantien für Polen und zögerliche militärische Verhandlungen mit Moskau brachten weder für Paris und London noch für Moskau Ergebnisse.

Moskau stand im August vor der Frage, ob sich der Wind in den westlichen Hauptstädten (auch angesichts dortiger Geheimverhandlungen mit Nazideutschland und der strikten Weigerung Polens, sowjetische Hilfe anzunehmen), nicht letztlich gegen die Sowjetunion drehen würde. Und dies in einem Moment, da im Fernen Osten ein kleiner Krieg gegen japanische Aggressoren geführt wurde.

Die Entscheidung für den Nichtangriffsvertrag war unerfreulich, aber nach den westlichen Rückziehern verständlich. Da die Spatzen vom Dach pfeifen, dass Krieg kommt, war es nachvollziehbar, wenn auch völkerrechtlich fragwürdig, wenn Moskau sich bereits jetzt auf eine Nachkriegsordnung und klare Interessensphären festlegte. Die Wirtschaftsabkommen kamen, das wird gerne übersehen, beiden Seiten zugute: Rohstoffe für Deutschland, Maschinen und Rüstungsgüter für die UdSSR.

Entgegen der Mär vom gemeinsamen Überfall auf Polen hielt sich Moskau im September lange zurück, nahm zur Kenntnis, dass London und Paris zwar Berlin den Krieg erklärten, aber die den Polen versprochene Offensive zwei Wochen nach Kriegsbeginn ausfallen ließen und damit den Verbündeten opferten. Im Westen begann nur ein „komischer Krieg“. Und die Rote Armee begann die Grenzen des alten Russischen Reiches wiederherzustellen und – nun mit aller stalinistischen Härte – jene Revolution von 1917 wiederaufzunehmen, die damals mit deutscher und Entente-Hilfe im Baltikum, in Teilen Belorusslands oder der Ukraine blutig ertränkt wurde.

Eine solche Argumentation darf natürlich nicht die Probleme verschweigen. Sie sind auch nicht in einem historischen Artikel zu übergehen, der sich der Vorgeschichte des Weltkrieges widmet. Denn der Streit um diese Vorgeschichte – zumindest aus osteuropäischer Sicht – hat eben nicht nur mit dem polnischen sowjetischen Krieg bis 1920 zu tun, sondern vor allem mit den Ereignissen ab 1939 un-

ter sowjetischer Macht. Und diese Probleme lagen sicher nicht in der angeblichen Siegesparade in Brest, die faktisch die Übergabe der Stadt von den Deutschen an die Sowjettruppen darstellte und deren Pikanterie sich aus der Tatsache ergab, dass der abnehmende sowjetische General Kriwoschein neben Guderian ein Sowjetbürger jüdischer Nationalität war. Trotzdem gehört zur Wahrheit, dass die sowjetische Seite das mit der „Freundschaft“ mit den deutschen Faschisten ernst nahm, was exilierte deutsche Antifaschisten, auch Juden, bei ihrer Abschiebung in das Deutsche Reich bitter zu spüren bekamen. Zu den bitteren Elementen gehört die volle Wucht stalinistischer Repression bei der Durchsetzung staatssozialistischer Strukturen in den neu gewonnen oder unter massiver sowjetischer Einflussnahme und Druck um Anschluss nachsuchenden Gebieten. Massenhafte Deportationen von politisch unzuverlässigen Teilen der alten Eliten, nicht zuletzt die Ermordung tausender kriegsgefangener polnischer Offiziere in Katyn gehören auf diese Rechnung.

Die Geschichte wurde noch dadurch verkompliziert, dass auch nach dem Sieg der Sowjetunion und der Errichtung sich sozialistisch verstehender Volksdemokratien in Osteuropa von Stalin bis Gorbatschow die Weltöffentlichkeit und selbst die Verbündeten über Katyn ebenso belogen wurden wie über die Geheimprotokolle. Alles Dinge, die das Vertrauen in diesen Ländern zum großen Nachbarn nicht erhöhten. Mit dem Zusammenbruch des Realsozialismus in Osteuropa setzten sich nationalistische, prokapitalistische Kreise in diesen Staaten durch, die natürlich nicht an die autoritäre, diktatorische Zwischenkriegszeit mit seinem Antikommunismus, Antidemokratismus und Antisemitismus erinnern wollten, sondern sie als „goldene Zeiten“ verklären.<sup>29</sup> Für sie gab es keine einheimischen Kommunisten, die 70 oder 50 Jahre lang ihre Unionsrepubliken und Staaten zum Sozialismus führen wollten. Russische respektive sowjetische Bajonette waren ein viel besseres Argument, um in den Kreis der westlichen Demokratien aufgenommen zu werden. Dass nicht wenige der heute verehrten antisowjetischen Kämpfer glühende Faschisten und Mörder von Sowjetbürgern aller Nationalitäten, nicht zuletzt Juden, waren, wird verdrängt.

---

<sup>29</sup> Siehe exemplarisch: Erwin Oberländer (Hg.): *Autoritäre Regime in Ostmittel- und Südosteuropa 1919-1944*, Paderborn 2017; Karl-Heinz Gräfe: *Vom Donnerkreuz zum Hakenkreuz. Die baltischen Staaten zwischen Diktatur und Okkupation*, Berlin 2010.